



Zum Entwurf des Zwischenbericht der Enquete-Kommission 5/2

8. August 2012
Karl-Ludwig Böttcher
Geschäftsführer des Städte- und
Gemeindebundes Brandenburg

Enquete-Kommission

- 10 Punkte umfassender Arbeitsauftrag im Einsetzungsbeschluss
- Zwischenbericht Sommer 2012
- Abschlussbericht 2. Quartal 2013

Zwischenbericht soll am 17. August beschlossen werden

- Überarbeitet Entwurf liegt vor
 - Überblick über die Vorgehensweise und Ausblick auf die weitere Tätigkeit der Kommission
 - Ziel des Vorsitzenden: Wiedergabe des bisherigen Beratungsverlaufes
- Mehr als 80 Änderungsvorschläge zur 1. Entwurfsfassung, davon mehr als 40 durch Mitglied Böttcher im Sinne bisheriger Positionen StGB
 - StGB: Ziele der Reformgesetzgebung in Bericht nennen
 - exakte Analyse der Ergebnisse der Gemeindestrukturreform
 - Kernelemente der Selbstverwaltung erwähnen (Kooperationshoheit, Bürgerschaftliche Verankerung)

8. August 2012

Städte- und Gemeindebund
Brandenburg

3

2. Bisherige Verwaltungs- und Strukturreformen in Brandenburg

- Ämterbildung 1992
- Kreisneugliederung 1993
- Funktionalreformen
- Gemeindegebietsreform 1998 - 2003
 - Feststellung: Es liegt keine belastbare Evaluierung durch Landesregierung vor
 - Vgl. Mitgliederversammlung 10. September 2012
- Reformen der Landesplanung
- Reformen der Landesverwaltung

8. August 2012

Städte- und Gemeindebund
Brandenburg

4

3. Analyse der themenspezifischen Situation in Brandenburg

- 3.1 Demografische Entwicklung
 - Änderung der Zusammensetzung der Bevölkerung bekannt, Land und Kommunen versuchen, sich darauf einzustellen
- 3.2 Finanzen von Kommunen und Land in Brandenburg
 - 2020 Deckungslücke von rd. 500 Mio. Euro im Landeshaushalt (nicht 2 Mrd.!!)
 - Übersicht über Entwicklung der Kreisumlagen

8. August 2012

Städte- und Gemeindebund
Brandenburg

5

3. Analyse der themenspezifischen Situation in Brandenburg

- 3.3 Vertikale und horizontale Aufgabenverteilung
 - Arbeitsgruppe Aufgabenerfassung der EK
 - Grenzen und Möglichkeiten von Funktionalreformen
 - StGB: Bei der vertikalen und horizontalen Aufgabenverteilung ist grundsätzlich ein verfassungsgewollter prinzipieller Vorrang einer dezentralen, also gemeindlichen, vor einer zentral und damit staatlich determinierten Aufgabenwahrnehmung zu beachten.

8. August 2012

Städte- und Gemeindebund
Brandenburg

6

3. Analyse der themenspezifischen Situation in Brandenburg

- 3.4 Kooperationen
 - Kooperationshoheit Teil der Selbstverwaltungsgarantie
 - Wiedergabe von Beiträgen ausgewählter Anzuhörender
- 3.5 E-Government
 - Neue Möglichkeiten, administrative Prozesse zu verbessern, Modellprojekte (z.B. Maerker)
 - Kann persönlichen Kontakt aber nicht ersetzen

8. August 2012

Städte- und Gemeindebund
Brandenburg

7

3. Analyse der themenspezifischen Situation in Brandenburg

- 3.6 Bürgerschaftliche Mitwirkung
 - Ehrenamtliches Engagement ist Grundlage der kommunalen Selbstverwaltung
 - 1/3 der Bevölkerung freiwillig engagiert
 - Vielfältigen Instrumente der Bürgerbeteiligung auf Landes- und Kommunalen Ebene wurden von der Kommission noch nicht erfasst
- 3.7 Bürgerumfrage
 - Im Allgemeinen wird Verwaltung positiv beurteilt
 - Höchstes Vertrauen in gemeindliche Ebene

8. August 2012

Städte- und Gemeindebund
Brandenburg

8

4. Erfahrungen anderer Länder

4.1 Erfahrungen der Flächenländer Baden-Württemberg, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern

4.2 Informationsreise nach Schweden und Dänemark

5. Ausblick

- Untrennbarer Zusammenhang einer nicht nur marginalen Erweiterung des kommunalen Aufgabenbestandes und strukturellen Reformen
- Prüfung eines Kataloges von Landesaufgaben
- Ziel, konkrete Handlungsempfehlungen zu erarbeiten



Weitere Informationen:

www.landtag.brandenburg.de

www.stgb-brandenburg.de